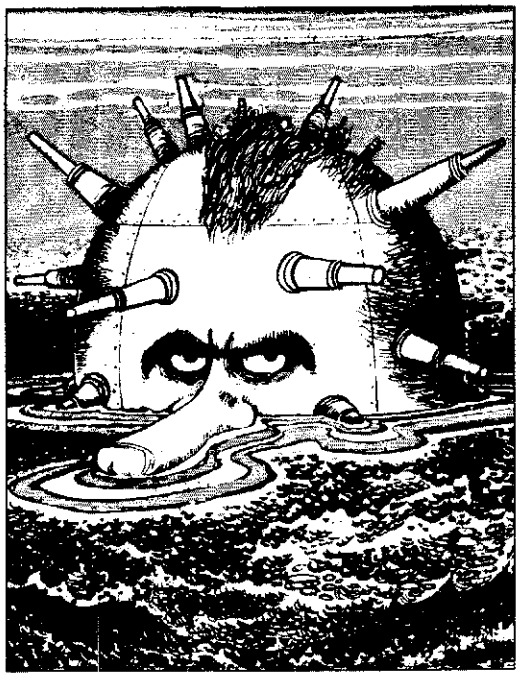






Cleveland Plain Dealer

Moskau-Reisender Nixon, Gastgeber 1959*, Minen-Karikatur: Besuchsprogramm erst nach der Abstimmung in Bonn

Bonn, Vietnam und der Moskauer Gipfel

Trotz der Bomben und Minen, die Präsident Richard Nixon über Vietnam werfen ließ, bereitete sich Moskau vorige Woche auf den Besuch des US-Präsidenten vor. Denn für die Führer im Kreml kommt Europa vor Vietnam. Angelpunkt der sowjetischen Entspannungs-Politik sind Bonns Ostverträge, nicht Nixons Minen.

Der Deutsche Bundestag und der Golf von Tonkin, geographisch über 9000 Kilometer voneinander getrennt, lagen vorige Woche — politisch — nahe beisammen: zwei Schauplätze eines einzigen weltpolitischen Rendezvous, bei dem Deutsche und Vietnamesen trotz der öffentlichen Redeschlacht hier und der offenen Schieß-Schlacht dort eher Randfiguren waren.

Der Hauptpart wurde unterderhand gespielt — zwischen den beiden Supermächten USA und UdSSR, die auch in einer multipolar gewordenen Welt noch die eigentlichen Gesprächspartner füreinander sind. Kaum etwas, das dürften die Ereignisse der vergangenen Wochen lehren, kann das Bedürfnis der beiden Großen nach Entspannung und Ausgleich dauerhaft stören, nicht einmal die Minenblockade, die US-Präsident Nixon am 8. Mai gegen die nordvietnamesischen Häfen verhängte, in denen Sowjetfrachter Kriegsmaterial ausladen.

Zum erstenmal, so schien es, waren Washington und Moskau über Vietnam auf direkten Kollisionskurs gegangen. Doch die Vormacht des Weltkommunismus, die es seit Jahren hinnimmt, daß Amerika, ebenso hilflos wie übermächtig, für zweifelhafte Interessen ein kleines kommunistisches Land in Trümmer bombt, nahm auch die neue Herausforderung vor der Haustür des Rivalen China hin — so gelassen, daß Mißtrauische in Ost und West, etwa US-Senator Hugh Scott, glaubten, Moskau habe sich in vorangegangenen Gesprächen mit dem Minenwurf einverstanden erklärt.

Selbst wenn die Komplicenschaft der beiden Großen so weit nicht geht, gar zu schwer brauchte den Moskauern ihre Zurückhaltung nicht zu fallen. Denn Nixons Minenwurf ist eher eine Demonstrations-Tat als ein wirklicher Schlag gegen den Feind:

- ▷ Die Folgen der Blockade für den Nachschub werden an der Front allenfalls in drei bis vier Monaten spürbar.
- ▷ Die Nordvietnamesen behaupten, sie räumten die Minen, sobald sie abgeworfen seien. Mindestens ein Schiff, DDR-Frachter „Frieden", legte vorige Woche in Haiphong an.
- ▷ Amerikas Position in Südostasien ist in Moskauer Sicht so oder so erschüttert, seine Politik gescheitert.

Schon Moskaus Wortprotest gegen Nixons Minenrede war daher in Moll gehalten: Das Vorgehen der USA sei „unannehmbar"; „Konsequenzen" wurden zwar angedroht, aber nur „angemessene", und selbst die blieben, jedenfalls bis zur vergangenen Woche, aus.

„Angemessen" schien es den Sowjets beispielsweise nicht, wegen der Minen im Golf von Tonkin den Reigen der sowjetisch-amerikanischen Dialoge zu unterbrechen, der derzeit in Helsinki, Washington und Moskau stattfindet. Beide Staaten verhandeln unter anderem über ein Abkommen zur Begrenzung der strategischen Rüstung, einen Handelsvertrag, eine Ablösung der russischen Schulden für amerikanische Lieferungen im Zweiten Weltkrieg, ein gemeinsames Umweltschutz- und ein gemeinsames Raumfahrtprogramm.

„Angemessen" erschien es den Russen ferner nicht, den für den 22. Mai vorgesehenen Moskau-Besuch Präsident Nixons aufzuschieben oder von einer De-Eskalation des US-Einsatzes gegen Vietnam abhängig zu machen.

Einige Tage hielt sich Moskau immerhin seine Option offen: In der Sowjetpresse wurde die Reise nicht mehr erwähnt — erstmals wieder am Montag voriger Woche. Seither auch schränkte die Sowjetpresse ihre Berichterstattung über den Vietnamkrieg und den Weltprotest gegen Amerikas Minen drastisch ein: In Bonn stand endgültig fest, daß der Bundestag die deutschen Ostverträge ratifizieren würde. Und in der „Reihenfolge der Prioritäten, welche die Sowjetführer aufgestellt haben", urteilte Frankreichs „Monde", „kommt Europa

* Nixon als Vizepräsident mit Premier Chruschtschow und Politbüro-Mitglied Breschnew in der Küchen-Abteilung einer amerikanischen Ausstellung in Moskau.

vor Vietnam". Die gesamte Ausgleichspolitik der Sowjet-Union in Europa aber hing an den Ostverträgen.

Mit einer Verschiebung oder gar Absage des Nixon-Besuchs hätte Moskau der westdeutschen Opposition neue Argumente gegen die Verträge geliefert — und ein Scheitern der Verträge wäre für die Entspannungsfreunde im Kreml ein solcher Schlag gewesen, daß sie den US-Präsidenten dann schwerlich hätten empfangen können.

Noch zwei Tage lang ließen Moskau und Washington unklar, welche politische und protokollarische Größenordnung sie dem Besuch Nixons geben wollten. Das Programm wurde erst am Mittwochabend veröffentlicht, für einen Besuch dieses Ranges ungewöhnlich spät: Erst am Mittwochnachmittag hatten die Ostverträge den Bonner Bundestag passiert.

Um diese Zeit war in Moskau bereits ein Werbefeldzug angelaufen, den Besuch von Minen-Nixon gegenüber dem sowjetischen Volk zu rechtfertigen. So äußerten sich in Leserbriefen an die „Iswestija" ein Architekt aus Leningrad, ein Maschinist aus Wolgograd und ein Ingenieur aus Sibirien lobend über die Moskauer Entspannungspolitik. Am Mittwoch bekräftigte dann die „Prawda", eine „Verbesserung der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen ist möglich und wünschenswert". Und im Fernsehen gelobte ein Kommentator, die Sowjet-Union werde die Politik der friedlichen Koexistenz fortsetzen — „trotz des stürmischen Verlaufs der internationalen Ereignisse".

So konnte sich die Welt für die Woche nach Pfingsten auf ein atemberaubendes Schauspiel einstellen: Während Amerika in Südostasien brutaler bombt denn je — 250 Einsätze an einem Tag über Nordvietnam, 377 über Südvietnam — und Minen gegen Sowjetfrachter wirft, wollen die Führer der Sowjet-Union dem Präsidenten der USA ihr Land vorführen.

1959 war Nixon als Vizepräsident in Moskau gewesen; in der sogenannten Küchen-Debatte stritt er auf einer amerikanischen Ausstellung mit Chruschtschow über den American way of life. Jetzt empfängt die Sowjet-Union erstmals einen Präsidenten der USA und hofft, mit ihm das Abkommen über die Begrenzung der strategischen Rüstung zu unterzeichnen — ungestört: An die Universitäten erging strenge Weisung, keine Demonstrationen gegen Nixon zuzulassen.

Moskau war offenbar fest entschlossen zu beherzigen, was Chruschtschows Abgesandter Kusnezow vor zehn Jahren gelobt hatte, als er in Amerika die Folgen der Kuba-Konfrontation zwischen den USA und der UdSSR ausräumte: „Niemals wieder!"

Die Vernunft-Politik der Moskauer Führung zeitigte freilich auch schon gefährliche Früchte — in Amerika. In der „Washington Post" bedauerte Kolumnist Joseph Alsop die bisherige „grobe Überschätzung der Gefahr, wenn unser Land handelt, wie seine Interessen es gebieten". Denn Moskaus Reaktion auf Nixons Minenwurf, höhnte Alsop, war „so hart wie jämmerlich weichgekochte Spaghetti".

USA

Es geht weiter

Nach den Kennedys jetzt George Wallace — Amerikas Wahlkämpfe werden zunehmend mit der Waffe entschieden.

Er hatte schon immer Angst gehabt — vor dem Fliegen und vor den Kugeln eines Attentäters.

Vor Unglück im Flugzeug schützte er sich, indem er bei Wind und dunklen Wolken einfach nicht mehr flog. George Wallace, der Wahlkämpfer aus Passion, ließ dann sogar — wie am 22. April in Pennsylvania — Wahlkampf Wahlkampf sein.

Vor Unglück aus Revolverläufen sollten ihn ein Dutzend Beamte des Geheimdienstes und außerdem noch eine Handvoll Leibwächter aus Alabama bewahren. George Wallace, der flammende Redner, ließ sich sogar, vor Jahren schon, ein spezielles Rednerpult anfertigen — transportabel und rundherum kugelsicher.

Doch als Wallace, 52, am vorigen Montag um 15.58 Uhr in Laurel (US-Bundesstaat Maryland) hinter dem Pult hervortrat, um sich im Jubel von etwa 1000 Anhängern zu sonnen, um in guter amerikanischer Wahlkampfmanier ein paar ausgestreckte Hände zu schütteln, da halfen weder Panzerplatten noch Leibwächter.

Mit fünf Revolverkugeln streckte der 21jährige Wirrkopf Arthur Bremer, als Wallace-Gefolgsmann kostümiert, den Gouverneur aus Alabama nieder.

„Amerika ist kränker, als die meisten von uns denken und glauben", klagte Ralph Abernathy, der (farbige) Führer der Bürgerrechtsbewegung und Nachfolger des ermordeten Martin Luther King. „Wir erleben eine Orgie der Gewalt", predigte der (weiße) Geistliche für alle Gelegenheiten, Billy Graham. „Die Schüsse ... kennzeichnen von neuem die Tragik und die Krankheit dieses Landes."

Der Schock ging tief bei Freunden und Gegnern des umstrittenen Gouverneurs — doch wundern konnte sich kaum noch jemand. Attentate auf prominente Politiker, live ins Wohnzimmer übertragen, sind zur Gewohnheit geworden: 1963 die Schüsse von Dallas, die John F. Kennedy fällten; 1968 die Bilder aus Memphis, wo Martin Luther King, und aus Los Angeles, wo Robert Kennedy ermordet wurde.

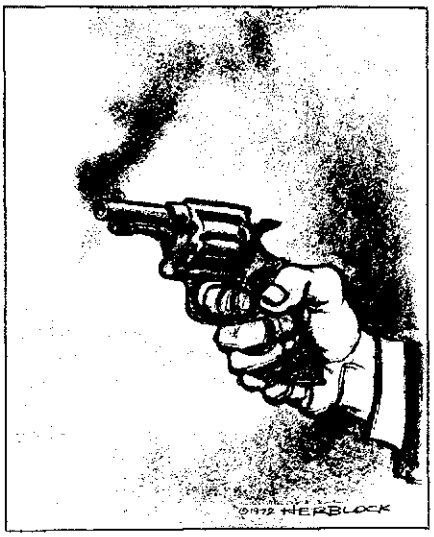
„Wer in die Politik geht", resignierten kürzlich bei einer Meinungsumfrage 51 Prozent der Amerikaner, „muß eben damit rechnen, daß er eines Tages getötet wird." In den USA gibt es zu viele bewaffnete Psychopathen.

George Wallace überlebte den Anschlag. Doch die Schüsse von Laurel, die den Gouverneur vermutlich für den Rest seines Lebens gelähmt in den Rollstuhl verbannt haben, verzerrten das Bild des Wahlkampfes vielleicht noch stärker als 1968 die Ermordung Robert Kennedys nach seinem Vorwahlsieg in Kalifornien.

Denn George Wallace war auf dem besten Wege, als einflußreichster Politiker zum Parteitag der Demokraten nach Miami Beach zu fahren, wo im Juli der Kandidat der Partei für den Kampf gegen Richard Nixon ernannt werden soll.

Zwar hatte Wallace als Rechtsaußen der Demokratischen Partei kaum Aussichten, selbst nominiert zu werden.





The Washington Post

Attentatsopfer Wallace, Ehefrau Cornelia, Attentats-Karikatur: „Orgie der Gewalt"